

Erster Entwurf des Leitantrages an den 13. Landesparteitag – Partei ergreifen!

Information aus der Landesvorstandssitzung vom 8. April 2016

- Information:** Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen nimmt den ersten Entwurf des Leitantrages zur Kenntnis und gibt ihn ggf. mit Änderungen in die innerparteiliche Debatte in Vorbereitung des 13. Landesparteitages.
- Politische Botschaft:** -
- Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit:** Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)
- Weitere Maßnahmen:** -
- Finanzen:** -
- Die Vorlage wurde abgestimmt mit:** -
- Den Beschluss sollen erhalten:** Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinatorin

f.d.R.

Dresden, den 8. April 2016



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin

1 Partei ergreifen!

2
3 **Wir haben uns vor fast 10 Jahren als DIE LINKE zusammengefunden, um dem**

4 **herrschenden neoliberalen Zeitgeist den Kampf anzusagen.** Gewachsen aus Menschen
5 unterschiedlichster Herkunft eint uns dabei ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für eine
6 Gesellschaft, in der kein Mensch in Armut leben muss, in der alle Menschen selbstbestimmt in
7 Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die gesellschaftlichen Verhältnisse
8 demokratisch gestalten können. Um dies zu erreichen, brauchen wir ein anderes Wirtschafts-
9 und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus.

10 Wir nehmen sehr wohl zur Kenntnis, dass der Kampf gegen Ausgrenzung, für soziale
11 Gerechtigkeit und Solidarität nicht einfacher geworden ist. Im Gegenteil. Bereits seit der
12 Einführung von Hartz IV waren vermeintlich „faule“ und „arbeitscheue“ LeistungsbezieherInnen
13 oft genug Ziel gesellschaftlicher Ausgrenzung und Entsolidarisierung. In Folge der Finanzkrise
14 und der damit verbundenen Rettung des Bankensystems vor dem Zusammenbruch entwickelte
15 sich eine beispiellose Staatsfinanzierungskrise im Euroraum. Diejenigen Kräfte des
16 Finanzmarktes, die eben noch unter erheblicher Kraftanstrengung durch die öffentliche Hand
17 gerettet wurden, wendeten sich nun gegen die vermeintlich schwächsten Staaten. Europa,
18 insbesondere Deutschland, antwortete darauf nicht mit einem Zeichen der Solidarität, sondern
19 mit Ausgrenzung und einer unsozialen Kürzungspolitik gegen die betroffenen Staaten mit schier
20 unglaublichen Folgen für die dort lebende Bevölkerung. Beispielhaft sind hier Griechenland und
21 Spanien zu nennen. Der politisch vorangetriebene Staatsrückbau führte dazu, dass die Armut
22 nach Europa zurückkehrte. Einher ging dieser Prozess mit einer aggressiv nationalistischen
23 Kampagne, einer nationalen Überhöhung Deutschlands und Abwertung der vermeintlichen
24 Pleitestaaten bis hinein in die Mitte der politischen Landschaft. Die Saat der nationalen
25 Überhöhung ging auf, als hunderttausende Schutzsuchende den Weg nach Europa fanden, um
26 Krieg, Terror und Verfolgung in ihrer Heimat zu entfliehen. Die europäische Solidarität, die
27 Deutschland angesichts dieser Situation von anderen Mitgliedsstaaten einfordert, hatte man
28 zuvor jedoch selbst mit einzureißen geholfen. Uns ist es nicht gelungen, dieser gesellschaftliche
29 Entsolidarisierung, diesem nationalen Dünkel unser Ziel von Freiheit, Gerechtigkeit und
30 Solidarität wirksam entgegenzusetzen.

31 Doch gerade in diesen Zeiten bietet DIE LINKE als sozialistische Partei einen konkreten
32 Mehrwert. Unsere Partei steht in einer langen Tradition im Kampf um soziale Gerechtigkeit,
33 Weltoffenheit und Solidarität, die weit in die über 150-jährige Geschichte der
34 ArbeiterInnenbewegung zurückreicht. Wir haben lange um Fragen, Wege und Lösungen
35 gerungen. Wir haben grundsätzliche Überzeugungen erkämpft. Wir haben in diesen anderthalb
36 Jahrhunderten unseren Beitrag dazu geleistet, dass eine ganze Reihe grundlegender
37 sozialstaatlicher Errungenschaften, die nun durch neoliberale Politik angegriffen werden oder
38 bereits beseitigt wurden, erkämpft worden sind.

39 Gerade weil wir diese Gesellschaft nachhaltig demokratisch, solidarisch, ökologisch und gerecht
40 umgestalten wollen, geben wir uns nicht dem Irrglauben hin, dass wir mit Blick auf kurzfristige
41 Wahlergebnisse unsere grundlegenden Überzeugungen opfern sollten. Unsere Politik würde
42 dadurch nicht attraktiver, sondern schlichtweg unglaubwürdig.

43 Wir sind anders als die anderen Parteien. Wir brechen als Einzige aus dem neoliberalen Block
44 heraus. Wir streiten und werben für unsere grundsätzlichen Überzeugungen, gerade auch dann,
45 wenn es schwer wird. Wir wissen: Mit unseren Zielen werden wir nicht jeden erreichen. Wir sind
46 die Lobby derer, die gesellschaftlich und parlamentarisch keine Lobby haben. Wir kämpfen für
47 diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, deren Ausbeutung und
48 Unterdrückung jedoch die Grundlage für die Anhäufung riesiger Reichtümer auf Seiten der
49 Bourgeoisie ist. Wir kämpfen für die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten und die sich
50 selbst ausbeutenden Scheinselbständigen, die die weit überwiegende Mehrheit dieser
51 Gesellschaft bilden. Wir ergreifen Partei für all jene, die im Kampf um Demokratie, soziale

52 Gerechtigkeit, für die Idee eines solidarischen Europas und für Mitmenschlichkeit unserer
53 Unterstützung bedürfen. **Wir sind demokratische SozialistInnen.**

54 Partei ergreifen für die Demokratie

55 Zugegeben: Die Gesellschaft, in der wir leben, ist alles andere als perfekt. Sie drängt Menschen
56 oft genug an den Rand, bietet zu wenige Möglichkeiten der Mitgestaltung und der freien
57 Entwicklung. Der demokratische Akt reduziert sich viel zu oft auf die Kreuze auf dem
58 Stimmzettel aller vier bis fünf Jahre. Wirkliche demokratische Mitgestaltung, ob im Bund, im
59 Land oder gar in den Kommunen bleibt dabei häufig auf der Strecke. Sei es aus Finanzgründen
60 oder reinem Unwillen herrschender Politik.

61 Doch bei allen Fehlern, die diese Demokratie hat: Die Grundrechte und Freiheiten, die mit dem
62 Grundgesetz errungen wurden, sind für uns bedingungslos zu verteidigen. Sie bilden die
63 Voraussetzung für eine weitere Demokratisierung der Demokratie. So, wie Max Reimann einst
64 für seine KPD-Fraktion im ersten Deutschen Bundestag beschwor, dem Grundgesetz nicht
65 zuzustimmen, aber die im Grundgesetz gesetzten Werte bis zum Letzten auch gegen die zu
66 verteidigen, die es damals beschlossen, fühlen wir uns diesen Werten deshalb verpflichtet. Denn
67 wir wissen: Der Weg zur gesellschaftlichen Solidarität ist noch weit, doch gibt derzeit zu viel zu
68 verlieren.

69 Dort, wo Grund- und Freiheitsrechte in Frage gestellt oder ganz beseitigt werden sollen, da findet
70 man in uns die PartnerInnen zur Verteidigung dieser Rechte. Wir werden stets widerstehen: Egal,
71 ob jemand den Überwachungsstaat einführen, Freiheitsrechte der Menschen einschränken oder
72 Grundrechte wie das auf Asyl schleifen will.

73 Unser Ziel ist die Demokratisierung der Demokratie. Wir setzen uns nicht nur dafür ein,
74 Beteiligungsmöglichkeiten egal ob vor Ort oder auf höheren Ebenen zu schaffen und
75 auszubauen, zur Teilhabe einzuladen und Mitgestaltung zu ermöglichen. Wir wollen zudem
76 Teilhabe ermöglichen, bspw. durch Senkung der Quoren bei direktdemokratischen
77 Verfassungselementen, Stärkung der demokratischen Mitgestaltung durch Bürgerhaushalte und
78 -foren und einer umfassenden Initiative für Transparenz in politischen Entscheidungsprozessen.
79 Um Teilhabe zu sichern, müssen aus unserer Sicht zu den demokratischen und Freiheitsrechten
80 zusätzlich soziale Rechte treten, die ein Leben in Sicherheit, ohne existenzielle Ängste
81 garantieren und so gesellschaftliche Teilhabe aller erst ermöglichen. Für uns – auch als Lehre
82 der eigenen Geschichte – sind soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und die Garantie von
83 Grund- und Freiheitsrechten daher untrennbar miteinander verbunden. Wir ergreifen so Partei für
84 die Demokratie.

85 Partei ergreifen für Unterstützungsbedürftige

86 Eine Gesellschaft, die so viele innere Widersprüche produziert, bringt viele Menschen hervor, die
87 gesellschaftlicher Unterstützung bedürfen. Seien es GeringverdienerInnen und
88 NiedriglöhnerInnen, die von ihrer eigenen Arbeit nicht leben können, Langzeitarbeitslose und
89 Hartz-IV-EmpfängerInnen, die keine Chance erhalten, ihren Lebensstandard selbst zu
90 erwirtschaften, oder Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben und deren Rente kaum zum
91 Leben reicht. Es sind aber auch SchülerInnen, die in einem selektiven Schulsystem abgehängt
92 werden und Förderung und Hilfe benötigen. Die Studierende, die auf ein elternunabhängiges
93 Bafög angewiesen ist. Oder Menschen mit Beeinträchtigungen. Sie alle und noch viel mehr sind
94 auf gesellschaftliche Solidarität angewiesen. Sie alle haben ein Recht darauf, nicht an den Rand
95 der Gesellschaft gedrängt zu werden.

96 Im Gegensatz zum gesellschaftlichen und politischen Mainstream stempeln wir diese Menschen
97 nicht als abgehängt oder benachteiligt ab. Wir nehmen sie viel mehr mit ihren Sorgen und Nöten
98 ernst. Wir wollen sie unterstützen. Und wir wollen sie befähigen, für ihre eigene Sache in der
99 Mitte der Gesellschaft zu kämpfen. Wir wollen, dass all jene sich als vollwertigen Teil der
100 Gesellschaft betrachten und nicht als BittstellerInnen oder als minderwertig. Und wir bieten als
101 Partei Konzepte, die ihnen ein würdevolles Leben in der Gesellschaft ermöglichen. Zum Beispiel

102 indem wir dafür kämpfen, dass Arbeit gerecht verteilt und gut entlohnt wird, so dass jeder und
103 jede die Möglichkeit hat, sich in Lohnarbeit zu begeben. Oder sei es bspw. eine Schule für alle
104 bis mindestens Klasse 8, eine BürgerInnenversicherung für alle, eine solidarische Mindestrente
105 für alle oder eine sanktionsfreie Mindestsicherung für alle. Wir ergreifen Partei für alle
106 Menschen, die gesellschaftlicher Unterstützung bedürfen.

107 Partei ergreifen für Humanität

108 Die Welle der Hilfsbereitschaft in unserem Land hat im vergangenen Jahr neue Höhen erreicht.
109 Dort wo Staat viel zu häufig kapitulierte, sprangen unermüdlich Ehrenamtliche ein, die für nichts
110 – nicht einmal für die bisher ausgebliebene Anerkennung – Helfende in der humanitären Krise
111 wurden.

112 Doch schon zuvor haben sich tausende Menschen in diesem Land mit voller Kraft für andere
113 Menschen eingesetzt. Sei es bei den Tafeln, in Obdachloseninitiativen, bei Ämterbegleitungen
114 oder in der Sozialberatung, in sozialen, kulturellen, interkulturellen, Sport- oder Jugendprojekten.
115 Oft haben Menschen mit ihrem Engagement so Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht, die eigentlich
116 von staatlicher Seite geboten werden müsste. Viel zu oft haben Sparrunden und Kürzungen,
117 Folgen von verfehlter Politik, dieses Engagement überhaupt erst notwendig und zugleich möglich
118 gemacht.

119 Von jeher sind es auch unsere Mitglieder und Sympathisierenden, die sich in solchen Initiativen
120 engagieren. Schon lange unterstützt unsere Partei solche Initiativen in ihrer Arbeit. Weil für uns
121 stets der Mensch und ein würdiges Leben für alle im Mittelpunkt steht. Weil wir uns kümmern.
122 Mitmenschlichkeit kennt für uns keine Obergrenze. Und genau deshalb können und wollen wir
123 uns nicht darauf verlassen, dass engagierte Menschen allein diejenigen auffangen müssen, die
124 durch das staatliche Netz gefallen sind. Wir wollen nicht, dass Menschen überhaupt erst in
125 Zwangssituationen geraten, die sie von der Hilfe anderer abhängig machen. Wir wollen mit
126 diesen Menschen gemeinsam ran an die Ursachen, wir wollen ein funktionierendes
127 gesellschaftliches System, welches im Zweifel selbstverständlich auffängt. Wir wollen diese
128 Gesellschaft sozial gerecht verändern, um ein Leben in Würde gemeinsam für alle möglich zu
129 machen. Wir ergreifen deshalb Partei für die Humanität.

130 Partei ergreifen für das solidarische Europa

131 Für uns ist Europa mehr als eine Summe von Freihandelszonen und Ort des freien
132 Warenverkehrs. Auf der einen Seite hat die Europäische Union als Projekt zu einer friedlichen
133 Koexistenz und Kooperation ihrer Mitgliedsstaaten beigetragen. Auf der anderen Seite nehmen
134 wir Entwicklungen wie die Reduzierung Europas auf einen leidlich funktionierenden Wirtschafts-
135 und Währungsraum, eine Entsolidarisierung zwischen den europäischen Staaten, zunehmende
136 Militarisierung der europäischen Außenpolitik und Abschottung zur Kenntnis, die der Idee eines
137 gemeinsamen, solidarischen und demokratischen Europas zuwiderlaufen. Wir nehmen zur
138 Kenntnis, dass unsere Warnungen vor der übereilten Schaffung eines europäischen
139 Währungsraumes vor der Schaffung einer gemeinsamen Sozialpolitik eingetreten sind. Unsere
140 Antwort auf diese Entwicklung ist jedoch nicht die eines Rückzugs Europas in die Summe der
141 Nationalstaaten, sondern muss die von mehr Europa sein. Wir wollen den europäischen
142 Einigungsprozess fortführen, indem endlich eine gemeinsame Sozialpolitik und echte
143 demokratische Strukturen auf europäischer Ebene etabliert werden.

144 Gerade Sachsen nimmt dabei eine besondere Position ein: Durch seine Lage im Herzen Europas
145 und im Dreiländereck mit Polen und der Tschechischen Republik wird eine landesspezifische
146 Debatte, die Europa auf Grenzkriminalität und eine manchmal kleinlich wirkende Verordnungen
147 reduziert, der Realität nicht gerecht. Längst fährt man nicht mehr nur nach Polen und
148 Tschechien, um vermeintlich günstig zu tanken, preiswert zum Friseur zu gehen oder Zigaretten
149 zu kaufen. Das Leben an der offenen Grenze hat zu einem gesellschaftlichen und kulturellen
150 Austausch geführt. Görlitz und Zgorzelec sind als Europastadt bspw. zusammengewachsen. Bei
151 allen Schwächen, die es noch gibt: Menschen leben, arbeiten und lieben gemeinsam diesseits

152 und jenseits der alten Schlagbäume. Zusehends und insbesondere in den jüngeren Generationen
153 verschwinden auch die Sprachbarrieren. Selbst gemeinsame Schulen und Kindergärten sind
154 längst Realität. Jedes Bestreben, Europas Grenzen wieder zu schließen, führt zwangsläufig zu
155 einem Ende genau dieser Normalität. Es wäre ein einschneidender Eingriff in das Leben der
156 Menschen im Land.

157 Wir wollen diese entstandene Normalität nicht nur bewahren, wir wollen sie ausbauen. Unsere
158 NachbarInnen sind für uns nicht willkommene Absatzmärkte für die heimische Wirtschaft,
159 sondern PartnerInnen bei der Lösung anstehender Aufgaben. Gemeinsame
160 grenzüberschreitende Projekte, gerade auf kommunaler Ebene, können helfen, gleiche
161 Problemlagen gemeinsam besser und einfacher zu lösen. Wir ergreifen deshalb Partei für die
162 europäische Idee.

163 Partei ergreifen für die Menschen im Land

164 Die LINKE. Sachsen ist eine Partei für Sachsen. Unser Engagement bezieht sich dabei aber nicht
165 auf Sächsische Folklore, wie die Forderung nach einer Sachsenhymne oder die Beschwörung des
166 patriotischen Sachsenstolzes, wie man es viel zu häufig von der CDU vernimmt. Wir wollen die
167 tatsächlichen Probleme, die es in unserem Land gibt, anpacken und die Lebensqualität für alle,
168 egal, ob hier geboren oder nicht, verbessern. Wir benötigen für Sachsen neue Ansätze zur
169 Landesentwicklung: Weg von den Leuchttürmen, hin zu gleichwertigen Lebensbedingungen in
170 Stadt und Land. Alle Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen überall gleichermaßen
171 gewährleistet sein. Dafür müssen die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen
172 geschaffen werden.

173 Die sächsische Politik hat es in vielen Bereichen mutwillig versäumt, mit der Zeit zu gehen. Vor
174 allem im Bereich der Inklusion ist es bei Lippenbekenntnissen geblieben. Wir wollen das nicht
175 länger hinnehmen. Es muss hier in Sachsen lebenden Menschen, egal welcher Herkunft,
176 welchen Geschlechts, ob mit oder ohne Beeinträchtigung, ermöglicht werden, in gleichem Maße
177 am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wir müssen uns auch der Herausforderung des
178 Staates als Dienstleister für die Menschen stellen. Die verfehlte Personalpolitik der letzten 26
179 Jahre muss umgekehrt werden. Die Folgen des Mangels an Lehrpersonal, bei Beschäftigten in
180 Polizei, Justiz und Verwaltung bekommen die Bürgerinnen und Bürger tagtäglich zu spüren. Hier
181 weiterhin zu sparen, kommt uns alle später teuer zu stehen.

182 Eng mit der Entwicklung des ländlichen Raumes sind auch die Herausforderungen der
183 Energiewende und dem damit verbundenen Strukturwandel, der davon betroffenen Regionen,
184 vor allem in der Lausitz, verbunden. Sachsen darf hier nicht einfach nur Beobachter, sondern
185 muss im Sinne der dort lebenden Menschen handelnder Akteur sein. Diese Regionen dürfen
186 nicht ausbluten. Ungeachtet dieser Problemlage erkennen wir aber natürlich die Verantwortung
187 Sachsens bei der Energiewende an und fordern einen schnelleren Ausstieg aus der
188 Kohleverstromung als bisher geplant. Doch was passiert mit den Arbeitsplätzen? Auch hier darf
189 sich die sächsische Politik nicht zurücklehnen. Es wird Zeit, dass sich ein sächsisches
190 Arbeitsmarktprogramm massiv im Landeshaushalt niederschlägt. Wir müssen es den Menschen,
191 die schon länger hier leben und aus verschiedensten Gründen keine Arbeit haben, aber auch den
192 neu hinzugekommenen, hochmotivierten und vor allem jungen Geflüchteten ermöglichen, ihre
193 Potenziale auszuschöpfen. Arbeit ist ein wesentlicher Faktor zur Integration in die Gesellschaft.
194 Wir kämpfen aber vehement gegen die CDU-Strategie, Sachsen als Niedriglohnland zu
195 vermarkten. Arbeit muss sich lohnen – Ausbeutung werden wir nicht tolerieren.
196 Auch für Sachsen gilt, dass die LINKE sozial mit aller Kraft ist. So sehen wir uns gerade
197 angesichts des Spardiktats des sächsischen Finanzministers als Hüter des sozialen Ausgleichs.

198 Für die Mehrheit der Menschen

199 Es ist ein absurdes Schauspiel: Im politischen Raum will jeder Mitte sein, auch die ganz rechts.
200 Keiner will gerne außerhalb der politischen Mitte stehen. Außer uns. Wir sind nicht die politische
201 Mitte. Aber wir wollen die Menschen aus der Mitte der Gesellschaft überzeugen, dass unser Weg

202 der Weg in eine solidarische Gesellschaft ist. Wir kämpfen für die Mehrheit der Menschen, die
203 äußerst vielgestaltig Lebensvorstellungen und verschiedene Interessen haben. Wir kämpfen für
204 die gleiche Freiheit aller, sich selbstbestimmt und frei entwickeln zu können und dafür nicht an
205 den Rand gestellt, ausgegrenzt, ausgebeutet und unterdrückt zu werden - hier und überall. In
206 Zeiten in denen sich alle immer ähnlicher werden, werden alle Parteien unberechenbar.
207 Wir sind anders. Auf uns können sich FreundInnen wie GegnerInnen verlassen. Wir machen keine
208 Politik zum Selbstzweck, sondern für die Menschen. Und wir wollen sie mit den Menschen
209 gestalten. Unsere Grundüberzeugungen sind Ergebnisse von konstruktiven
210 Auseinandersetzungen in den eigenen Reihen, aber auch mit PartnerInnen und GegnerInnen.
211 Unsere Grundüberzeugungen sind Richtschnur unseres Handelns im politischen Raum. Die einen
212 sagen, wir seien ideologisch. Ja, das sind wir. Im Kern macht uns genau das berechenbar, weil
213 unser Handeln vorhersehbar ist und begründet aus tiefer Überzeugung resultiert.
214 Es ist unsere Aufgabe, dafür zu kämpfen, dass sich die Lebensverhältnisse für alle Menschen
215 verbessern, hier und überall. Es ist unsere Aufgabe, Ausbeutung und Unterdrückung zu
216 bekämpfen - hier und überall. Es ist unsere Aufgabe, hier und heute für ein besseres Leben, für
217 ein Leben in Würde für alle Menschen zu arbeiten. Das tun wir. Gemeinsam mit denen, die es
218 betrifft, die unsere Überzeugungen teilen. Wir laden dazu ein. Wir sind die Partei der Demokratie.
219 Wir sind die Partei, die sich um jene kümmert, die gesellschaftliche Unterstützung benötigen. Wir
220 sind die Partei der Humanität und der europäischen Idee. Kurzum: Wir sind anders als die
221 anderen. Gemeinsam mit den Menschen im Land wollen wir für andere politische Mehrheiten im
222 Land kämpfen. Mehrheiten für unsere Vorschläge, für ein solidarischere, eine demokratischere,
223 eine weltoffene, friedliche und humane Gesellschaft. Kurzum: Wir kämpfen für den
224 demokratischen Sozialismus.
225 Wir sind DIE LINKE.